

CDU Nordrhein-Westfalen fordert mehr Einsatz der Verleger für den Privatfunk

Zur Zeit steht der Verband der Rheinisch-Westfälischen Zeitungsverleger mit dem WDR in Verhandlungen, um mit ihm gemeinsam zu gleichen Anteilen (je 50 Prozent) ein landesweites Rahmenprogramm für den privaten lokalen Hörfunk in NRW zu produzieren. Das Rahmenprogramm soll vorwiegend aus überregionaler Werbung finanziert werden und Überschüsse erwirtschaften; aus ihnen sollen die Kosten der lokalen Hörfunkprogramme, die von den Betriebsgesellschaften mit 75prozentiger Verlegerbeteiligung aufzubringen sind, weitgehend gedeckt werden.

Der Erfolg dieser Konzeption setzt nach Auffassung der Zeitungsverleger voraus, daß

- der WDR auf Werbemöglichkeiten im Hörfunk zumindest teilweise verzichtet und
- daß neben dem mit ihm gemeinsam produzierten Rahmenprogramm kein weiteres landesweites, aus Werbung finanziertes Hörfunkprogramm in NRW veranstaltet wird.

SPD und Landesregierung beabsichtigen, die sogenannte fünfte Hörfunkkette dem WDR zu überlassen. Diese fünfte Hörfunkkette stellt auf Jahre hinaus die einzige technische Möglichkeit zur Verbreitung eines weiteren landesweiten Hörfunkprogramms dar. Für NRW werden zwar in Kürze zusätzlich zwei Hörfunksatellitenkanäle verfügbar sein; sie sind jedoch angesichts des Verbreitungsgrades und des Kostenaufwands der erforderlichen Empfangstechnik (neue Antennen und Empfangsgeräte) auf absehbare Zeit kein Ersatz für das von jedermann ohne zusätzlichen Aufwand sofort empfangbare Programm der fünften Hörfunkkette.

Zu diesen Vorgängen nimmt die CDU wie folgt Stellung:

1. Die CDU unterstreicht ihr politisches Ziel: Landesweit muß die Radio-Vielfalt — neben dem WDR — durch Programme privater Veranstalter

vermehrt werden, um das Informationsangebot für den Bürger zu erweitern. Dasselbe gilt für den **lokalen Bereich**.

2. Mit dieser Grundvoraussetzung eines **dualen Rundfunksystems**, wie es durch den Rundfunkstaatsvertrag jetzt bundesweit verankert wird, wäre es unvereinbar, wenn

- die fünfte Hörfunkkette als auf Jahre hinaus einzige Möglichkeit zur landesweiten Verbreitung eines neuen Hörfunkprogramms dem WDR überlassen und dadurch ein privates Hörfunkprogramm für Nordrhein-Westfalen auf absehbare Zeit unmöglich gemacht würde,
- das landesweit ausgestrahlte Rahmenprogramm für die lokalen Hörfunkstationen in NRW unter maßgeblicher Beteiligung des WDR entstehen würde, der damit auch auf das örtliche Hörfunkangebot wesentlichen Einfluß gewinnen könnte.

Die geplanten Vereinbarungen mit dem WDR würden außerdem gegen die Vorschriften des Kartellgesetzes verstößen.

3. Die CDU fordert deshalb die nordrhein-westfälischen Verleger auf, die Möglichkeiten des Landesrundfunkgesetzes für eine größere Radio-Vielfalt zu nutzen und — gegebenenfalls gemeinsam mit weiteren privaten Partnern — ein eigenständiges landesweites Hörfunkprogramm zu gestalten. Die Landesregierung bleibt aufgefordert, die hierfür notwendigen Frequenzen der fünften Hörfunkkette entsprechend dem ihr im Landesrundfunkgesetz vom Landtag erteilten Auftrag zur Verfügung zu stellen.

4. Die Entfaltung privater Initiativen im Hörfunk in NRW setzt vor allem voraus, daß die notwendigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gewährleistet werden. Damit ist es gerade in der Startphase privaten Hörfunks nicht vereinbar, seine einzige Finanzgrundlage durch die Zulassung umfangreicher Hörfunkwerbung des WDR nachhaltig zu beschneiden.

Die CDU fordert deshalb die Landesregierung und die Fraktionen des Landtags auf, im Landesrundfunkgesetz den Umfang der Hörfunkwerbung des WDR deutlich zu begrenzen.

5. Unter diesen Voraussetzungen ist eine produktionstechnische Kooperation der Verleger mit dem WDR beim Rahmenprogramm für den lokalen Hörfunk vertretbar, wenn

- die Beteiligung des WDR nicht mehr als ein Drittel beträgt und
- der redaktionelle Teil des Rahmenprogramms von den Verlegern oder anderen privaten Dritten — jedenfalls nicht vom WDR — gestaltet und verantwortet wird.

Blüm: Politik der Landesregierung schreckt Wirtschaft ab

Auszug aus der Rede des Landesvorsitzenden Dr. Norbert Blüm auf dem Mittelstandstag der Mittelstandsvereinigung der CDU NRW am 19. Oktober 1987 in Herne:

„Arbeitnehmer und Mittelstand sitzen in einem Boot. Wenn es dem Mittelstand gut geht, profitieren davon die Arbeitnehmer. Und wenn die Arbeitnehmer Arbeit und Einkommen haben, belebt das den Mittelstand.“

Kleine und mittlere Unternehmen

- beschäftigen $\frac{1}{3}$ der Arbeitnehmer,
- bilden über $\frac{1}{3}$ der Lehrlinge aus,
- erwirtschaften rd. die Hälfte des Bruttosozialprodukts,
- tragen die Hauptlasten der Steuern und Abgaben.

Kleinere und mittlere Betriebe sind Motor der Beschäftigung. Zwischen 1977 und 1985 haben

- **Großbetriebe** (über 500 Beschäftigte) insgesamt 225 000 Arbeitsplätze **abgebaut**,
- **Mittelbetriebe** (100 bis 500 Beschäftigte) 33 000 Arbeitsplätze **abgebaut**,
- **kleinere Betriebe** (20 bis 100 Beschäftigte) 90 000 Arbeitsplätze **gewonnen**,
- **Kleinbetriebe** (bis 20 Beschäftigte) 580 000 Arbeitsplätze **gewonnen**.

Bei Großbetrieben kamen auf einen neu geschaffenen Arbeitsplatz zwei abgebaute — bei Klein- und Mittelbetrieben auf einen abgebauten zwei neu geschaffene.

In Nordrhein-Westfalen dominieren Großbetriebe; Klein- und Mittelbetriebe sind unterrepräsentiert. Das ist eine der Erklärungen für die relativ schlechte

Arbeitsmarktentwicklung, weil Klein- und Mittelbetriebe überall Träger der Beschäftigungsentwicklung sind. Dennoch: Auch in Nordrhein-Westfalen arbeiten gut 60 Prozent der Erwerbstätigten im Mittelstand. Und auch in Nordrhein-Westfalen gilt, daß der Mittelstand Motor der wirtschaftlichen Dynamik ist.

In den Problemregionen (Kohle und Stahl) wurde der Strukturwandel nur halbherzig betrieben: Oft hat eine Koalition aus ansässigen Großbetrieben und Politik Neuansiedlungen eher verhindert als gefördert. Das rächt sich heute.

Die geringen Ansiedlungserfolge haben politische Ursachen. Signifikantes Beispiel für eine vertrauenszerstörende Politik ist die Energiepolitik der Landesregierung.

Tatsache ist: Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion haben dem Überbrückungskonzept der IG Bergbau zugesimmt. Dieses Überbrückungskonzept geht vom Verbund Kohle/Kernkraft aus und langfristig sogar von einer Steigerung des Kernenergiebedarfs. Was gilt denn nun? Ausstieg oder Nichtausstieg, weniger Kernkraft oder mehr?

Und welcher Logik entspricht es, daß ein Ja zum Hochtemperaturreaktor aus dem Jahre 1986 ein Nein gegen Kernenergie sein soll? Warum preist Johannes Rau im Ausland — so in Moskau — nordrhein-westfälische Kernkrafttechnik als besonders fortschrittlich und sicher, wenn er selbst Kernkraft abschalten will?

Das ist keine Grundlage für das Vertrauen, das für Industrieansiedlungen notwendig ist.“

Aus dem CDU-Landesvorstand

Der CDU-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen tagte am Wochenende unter Leitung seines Vorsitzenden Norbert Blüm in Aachen. Im Laufe seiner Beratungen beschloß der CDU-Landesvorstand:

■ Die CDU Nordrhein-Westfalen stimmt mit der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie überein, daß der Kohle-Kernkraftverbund ein unverzichtbarer Eckpfeiler des Jahrhundert-Vertrages ist. Dieser sichert im wesentlichen die Arbeitsplätze im Bergbau. Mit ihrem Beschuß, aus der Kernenergie auszusteigen, hat die nordrhein-westfälische SPD den bisher bestehenden Konsens in der Energiepolitik verlassen und gefährdet dadurch nachhaltig die zur Zeit laufende Kohlerunde. Dieser Beschuß ist ein Verrat an den Bergleuten. Die SPD Nordrhein-Westfalen läßt die Kumpel im Stich.

■ Die CDU Nordrhein-Westfalen verachtet und verurteilt Menschenrechtsverletzungen, wo und von wem immer sie begangen werden. Wir stehen an der Seite der Gefolterten, denn es gibt überhaupt keinen Grund, Menschen zu quälen. Wer foltert, dem muß die Verachtung der Weltöffentlichkeit — vor allem aller Rechtsstaaten — treffen. Deshalb unterstützen wir uneingeschränkt die Ziele der Antifolter-Konventionen und fordern den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dieser Konvention.

■ Die CDU Nordrhein-Westfalen fördert und unterstützt alle Maßnahmen zur sozialen Integration unserer ausländi-

schen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir wollen gute Nachbarschaft mit ihnen. Aber ein isoliertes kommunales Wahlrecht kann die Integration der Ausländer nicht fördern. Wer Wahlrecht beansprucht, muß auch die Pflichten eines Staatsbürgers übernehmen. Deshalb treten wir für eine Erleichterung der Einbürgerung — vor allem der zweiten und dritten Ausländergenerationen — ein.

Mit der deutschen Staatsbürgerschaft erhalten die einbürgerungswilligen Ausländer auf allen staatlichen Ebenen Wahlrecht. Das verlangt von ihnen auch die Erfüllung aller Staatsbürgerpflichten.

■ Die SPD-geführte Landesregierung hat den technischen Fortschritt verpennt. Unser Land braucht dringend einen Modernisierungsschub. Flaggschiffe der technologischen Entwicklung — wie die geplante deutsche Raumfahrt-Agentur — gehören deshalb in unser Land. Mit dieser Raumfahrt-Agentur kann ein Zentrum der Hochtechnologie in unserem Land entstehen, das nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft fördert, sondern auch wesentlich dazu beiträgt, unser Land für hochqualifizierte Fachkräfte attraktiver zu machen. Die geplante deutsche Raumfahrt-Agentur sollte im Großraum Köln/Bonn errichtet werden. Für diesen Standort spricht die zentrale Lage in der Bundesrepublik Deutschland und Europa, die Nähe zu den Regierungsstellen in Bonn und die Notwendigkeit einer intensiven Zusammenarbeit mit der deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt in Köln-Porz.

Aus der Landtagsfraktion

NRW braucht radikales Umsteuern in der Wirtschaftspolitik

Zu der von der Westdeutschen Landesbank (WestLB) vorgelegten Studie „Entwicklungstrends der NRW-Wirtschaft“ erklärt der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hartmut Schauerte:

„Mit der WestLB hat nach den Industrie- und Handelskammern ein weiterer, parteipolitisch unverdächtiger Kronzeuge massive Anklagen gegen die Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung erhoben. Ohne jede Schönfärberei kommen die Volkswirte der WestLB zu einem vernichtenden Urteil über die innovationsfeindliche, unflexible und an verkrusteten Strukturen festhaltende, perspektivlose Wirtschaftspolitik der Regierung Rau. Das Nordrhein-Westfalen attestierte ‚ungünstige Innovationsklima‘ und die von der WestLB kritisierte Sprachlosigkeit zwischen Politik und Wirtschaft sind in der Tat nicht wegzudiskutierende Faktoren für die Wachstumsschwäche an Rhein und Ruhr.“

Zwangsläufige Folgen dieses kunjunktuellen Durchhängens Nordrhein-Westfalens sind vor allem die Verschärfung der katastrophalen Finanzkrise des Landes durch ausbleibende Steuereinnahmen und die seit Jahren überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit.

Die NRW-CDU-Fraktion sieht sich erneut bestätigt in ihrer Forderung nach einem radikalen Umsteuern in der Wirtschaftspolitik unseres Landes. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung muß die Gründung einer Landesentwicklungs-

bank sein, die nach dem Konzept der CDU binnen fünf Jahren sechs Milliarden Mark für arbeitsplatzschaffende Investitionen bereitstellen könnte. Die CDU-Fraktion wird diese Forderung in den anstehenden Haushaltsberatungen offensiv vertreten.“

Gründungsversammlung der CDL Nordrhein-Westfalen

Am 26. September 1987 fand in Düsseldorf die Gründungsversammlung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen „Christdemokraten für das Leben“ statt.

Die CDL-Bundesvorsitzende, Johanna Gräfin von Westphalen, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste, unter ihnen Christa Thoben MdL, Dr. Bernhard Worms MdL, Dr. Hans-Ulrich Klose MdL. Der CDU-Landesvorsitzende Dr. Norbert Blüm stellte in einem Grußwort an die CDL-Gründungsversammlung fest, „Gottes Ebenbildlichkeit verleiht jedermann einzigartige Würde. Wo immer sie verletzt wird, müssen Christdemokraten Partei für den Menschen ergreifen.“

Mit 138 von 143 Stimmen wurde Dr. Leo Peters, Kreisvorsitzender der CDU Viersen, zum Vorsitzenden des CDL-Landesverbandes gewählt.

Die Bundesvorsitzende Gräfin von Westphalen sagte in Düsseldorf, „wir wollen eine größere Nachdenklichkeit im Umgang mit menschlichem Leben erreichen und einen besseren Schutz des Menschen überall da, wo er heute besonders bedroht ist“.

Junge Union führte AIDS-Fachtagung durch

Am 3. Oktober 1987 hat die Junge Union NRW eine AIDS-Fachtagung in Recklinghausen durchgeführt. Inhalt und Ablauf der Veranstaltung haben gezeigt, daß die Auseinandersetzung mit diesem sensiblen Thema voll den Erwartungen der Teilnehmer entsprach. Über 230 Mitglieder und Gäste der Jungen Union verfolgten die Diskussionen in den verschiedenen Foren, für die die renommiertesten Fachreferenten gewonnen werden konnten.

Nach übereinstimmender Auffassung hat es noch nie eine Veranstaltung der Jungen Union gegeben, die in solch breiter Form die kontroversesten Standpunkte darstellte. In vier Foren zu den Bereichen Medizin, Ethik, Recht und Politik informierte sich die Junge Union zum Thema AIDS.

Streitgespräch zwischen Dr. Peter Gauweiler und Prof. Dr. Manfred Steinbach

Gegen Ende der Fachtagung saßen sich die politischen Kontrahenten in der AIDS-Frage, Dr. Peter Gauweiler (Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium) und Prof. Dr. Manfred Steinbach (Familienministerium) gegenüber.

Während Dr. Gauweiler den bayerischen Maßnahmenkatalog verteidigte (er sieht u. a. die Meldepflicht für HIV-Infizierte, AIDS-Tests bei Beamteneinstellungen und Zwangsuntersuchungen von Beamten, Soldaten und Strafgefangenen vor), vertrat Prof. Dr. Steinbach die Auffas-

sung, daß die von Gauweiler geforderten Maßnahmen unangebracht seien. Die gefährdeten Risikogruppen wären dann „für die Aufklärungsarbeit nicht mehr erreichbar“. Steinbach befürchtet weiter, daß durch die von Peter Gauweiler geforderten Schutzvorschriften ein „trügerisches Gefühl der Sicherheit“ geschaffen wird.

Die Junge Union NRW sprach sich für die Aufklärungspolitik der Bundesregierung aus und lehnt den an das Bundesseuchengesetz angelehnten bayerischen AIDS-Maßnahmenkatalog ab.

Nach der Recklinghäuser Fachtagung will die Junge Union ihr Standpunktspapier zu der AIDS-Problematik noch einmal diskutieren und ergänzen.

Termine aus dem Bildungsprogramm der Jungen Union Nordrhein-Westfalen

13./14. 11. 1987
Schwerpunktseminar zum Thema „Abfall“, Borken

18. 11. 1987
Fachtagung „Frauen in der Bundeswehr“, Iserlohn

**Anmeldung im JU-Landessekretariat,
Telefon (02 11) 1360055**

CDA Nordrhein-Westfalen bei Vorstandswahlen in Hamburg erfolgreich

Die CDA-Sozialausschüsse NRW konnten sich mit ihren Vorschlägen für die Neuwahlen zum CDA-Bundesvorstand durchsetzen. Nachfolgende Vertreter der NRW-Sozialausschüsse gehören dem neuen CDA-Bundesvorstand an:

1. Stellv. CDA-Bundesvorsitzender

Wolfgang Vogt, MdB, Düren, Landesvorsitzender der CDA-Sozialausschüsse NRW, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium

2. Schatzmeister

Heinz Soenius, MdL, Köln, Vorsitzender der Stiftung für christlich-soziale Bildung und Politik

3. Beisitzer

Egbert Biermann, Kleve, Bezirkssekretär ÖTV NW I

Heinrich Dreyer, MdL, Löhne, Bezirksvorsitzender CDA Ostwestfalen-Lippe, Vorsitzender Arbeitnehmergruppe der CDU-Landtagsfraktion NW

Dr. Regina Görner, Essen, Büroleiterin der Bundesministerin Prof. Rita Süssmuth, Landesvorsitzende der CDA-Arbeitsgemeinschaft „Berufstätige Frauen“ NW

Heinz Hardt, MdL, Düsseldorf, CDA-Kreisvorsitzender Düsseldorf, Parlamentarischer Geschäftsführer CDU-Landtagsfraktion NW

Dr. Peter H. Köppinger, Rhein-Sieg-Kreis, Geschäftsführer der Arbeitnehmer-

gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Fritz Kollarz, Recklinghausen, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Bergbau und Energie, CDA-Kreisvorsitzender Recklinghausen, 1. stellv. CDA-Landesvorsitzender

Edgar Prochnow, Dortmund, stellv. DGB-Landesbezirksvorsitzender NW

Dr. Gerd Kollmann, Rhein-Sieg-Kreis, Stellvertretender Landesvorsitzender DBB-Arbeitsgemeinschaft, Bundesvorsitz DBB AG, Stellv. CDA-Kreisvorsitzender Rhein-Sieg-Kreis

Albert Roer, Münster, Bezirksvorsitzender CDA Münsterland, Gesamtpersonalratsvorsitzender Provinzial-Versicherung Münster

Alexander von Schwerin, Duisburg, Straßenbahnfahrer, Betriebsratsvorsitzender der Duisburger Verkehrsgesellschaft

Hanshorst Viehof, Mönchengladbach, Ministerialdirektor a. D., zukünftig wieder Gewerkschaftssekretär beim DGB

Junge Union für Zusammenarbeit von CDU und CSU

Die Landesverbände der Jungen Union Nordrhein-Westfalen und Bayern begrüßen die erzielte Einigung über die weitere

Zusammenarbeit der Schwesterparteien CDU und CSU. In einer Erklärung nach einer gemeinsamen Tagung der beiden Landesvorstände am Tegernsee unterstreicht die Jugendorganisation der beiden Unionsparteien die Einheit von CDU und CSU. Die Junge Union sei Klammer und Motor gleichermaßen.

Die Vorstände der beiden Landesverbände, welche insgesamt 130 000 Mitglieder vertreten, fordern CDU und CSU auf, sich den die Jugend bewegenden Zukunftsthemen zuzuwenden und die

Jugend stärker in die Verantwortung einzubauen.

Die Junge Union Bayern und Nordrhein-Westfalen kündigten gemeinsame Initiativen in der regionalen Strukturpolitik zur Entwicklung der ländlichen Räume und auf den Gebieten der Rentenstrukturreform sowie der Gentechnologie an. Einigkeit bestand darin, daß die Union ihre tagesaktuelle Arbeit verstärkt an den Grundwerten des christlichen, sozialen und demokratischen Selbstverständnisses orientieren müsse.

Termine

3. 11. 1987	17.00 Uhr	LFA Kultur	Düsseldorf
11. 11. 1987	14.00 Uhr	LFA Jugend und Familie	Düsseldorf
12. 11. 1987		CDU NRW Fachkongreß Entsorgung	Köln
12. 11. 1987	16.00 Uhr	LFA Schule und Bildung	Düsseldorf
13. 11. 1987		Landesvorstand CDU NRW	
21. 11. 1987		LACDJ — Fachtagung Gentechnologie	Bedburg-Hau
23. 11. 1987		LFA Jugend und Familie	Düsseldorf
24. 11. 1987	16.00 Uhr	LFA Entwicklungspolitik	Bonn
27. 11. 1987	15.00 Uhr	LFA Sicherheitspolitik	Gummersbach
30. 11. 1987	16.00 Uhr	LFA Sport	Düsseldorf
3. 12. 1987	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft + Forschung	Düsseldorf
11./12. 12. 1987		Landesparteitag der CDU NRW	Duisburg
		★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★	
20. 1. 1988		LACDJ — Vorstand + Beirat	Düsseldorf